



KOMMENTARE

Absehbar

Benjamin Auber über die Altersarmut

Schon ein Blick auf die Alterspyramide in Deutschland genügt. Die gesetzliche Rente steht auf tönernen Füßen. Immer mehr Rentner und immer weniger Beitragszahler – Tendenz steigend. „Die Rente ist sicher“, hieß es einmal von Norbert Blum. Der Alterssicherungsbericht zeigt schonungslos auf, was absehbar ist: Auf den Staat können sich die künftigen Rentner und besonders Geringverdiener nicht mehr verlassen, dafür muss man kein Prophet sein.

Was aber genau so absehbar ist: der Reflex der Bundesregierung. Private und betriebliche Altersvorsorge soll es sein. Aber wie? Darauf gibt die Spitze des Landes bisher keine zufriedenstellende Antwort. Riester-Verträge sind oft undurchsichtig. Niemand weiß wirklich, wie die Verwaltungskosten des eigenen Vertrages einzuschätzen sind und wie hoch am Ende die Rendite tatsächlich sein wird. Da scheint es sogar attraktiver zu sein, das Geld einfach unter das Kopfkissen zu legen. Auch der bloße Verweis für betriebliche Vorsorge läuft ins Leere, denn viele können diese Möglichkeit gar nicht in Anspruch nehmen.

Der Fokus muss stärker auf das Konzept der gesetzlichen Rentenversicherung gelegt werden. Unbedingt müssen alle Berufsgruppen einzahlen, damit sich die Zahl der Beitragszahler erhöht. Auch muss der Niedriglohsektor aufgewertet werden, damit die Geringverdiener tatsächlich auch privat vorsorgen können.

Ursachensuche

Sören S. Sgries zur Bildungsqualität im Südwesten

Einst behauptete der Südwesten stolz: „Wir können alles außer Hochdeutsch“. Jetzt zeigt sich: Auch bei Englisch und Französisch hakt es. Und gemessen an der Art und Weise, wie im Parlament über die Studienergebnisse zur Bildungsqualität debattiert wird, gibt es bei der Sozialkompetenz offenbar auch Nachholbedarf. Wem sollen denn die Schulzuweisungen helfen? Einerlei, ob schwarze, gelbe, rote oder grüne Politik die Misere verursacht: Es gilt, diese abzustellen.

Die IQB-Vergleichsstudie wirft einen Blick auf Neuntklässler im Frühjahr 2015. Dessen Bildungsbiografie prägen schwarz-gelbe wie grün-rote Regierungen, CDU- wie SPD-Kultusminister. Gut möglich, dass die tiefgreifenden Bildungsreformen der vergangenen Legislatur den Qualitätsverlust begründeten. Andererseits: Erfolg oder Misserfolg der Gemeinschaftsschulen wurde überhaupt nicht erfasst. Ein Beleg dafür, dass das „alte“ System einer immer heterogeneren Schülerschaft nicht mehr gerecht werden konnte und Reformen dringend notwendig waren?

Die grün-schwarze Regierung bietet die Chance, ideologiefreie Ursachensuche zu betreiben. Eines offenbart der Ländervergleich nämlich auch: Allein mit mehr Lehrerstellen ist nichts gewonnen – auch wenn das Haushaltsringen das suggerierte.



Karikatur: Klaus Stuttmann

Nur wenige Geringverdiener sorgen für das Alter vor

Alterssicherungsbericht: Rentenniveau sinkt – Altersarmut droht – Nahles plädiert für „Haltelinien“

Von Rasmus Buchsteiner, RNZ Berlin

Berlin. Millionen Menschen droht Altersarmut – zumindest, wenn sie sich allein auf die gesetzliche Rente verlassen. Das Versorgungsniveau künftiger Rentner werde „ohne zusätzliche Altersvorsorge in den kommenden Jahren deutlich zurückgehen“, heißt es im neuen Alterssicherungsbericht der Bundesregierung. Er ist die Datengrundlage für die anstehenden Beratungen in der Koalition über Renten-Reformen.

Im Sommer 2017 können sich die knapp 21 Millionen Rentner in Deutschland auf ein Plus von 2,3 Prozent im Westen beziehungsweise 2,8 Prozent im Osten einstellen – deutlich geringer als in diesem Jahr. Die Renten waren zum 1. Juli 2016 so stark wie seit mehr als 20 Jahren nicht mehr angehoben worden – um 4,25 Prozent im Westen und um 5,95 Prozent im Osten.

Das Rentenniveau wird hingegen in den nächsten Jahren sinken. Es ist eine Rechengröße, die eine Durchschnitts-Rente nach 45 Beitragsjahren ins Verhältnis zum aktuellen Durchschnittseinkommen setzt. Derzeit liegt der Wert bei 47,6 Prozent. Laut Gesetz darf er bis 2030 nicht unter 43 Prozent fallen. Ohne Reformen würde das Rentenniveau bis 2045 auf 41,6 Prozent sinken. Ein sinkendes Niveau bedeutet aber nicht automatisch, dass weniger Rente gezahlt wird. Sinkende Zahlbeträge sind ohnehin per Gesetz ausgeschlossen. Und zu dem sehen alle Prognosen jährliche Erhöhungen vor – um im Schnitt zwei Prozent.

Das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen von älteren Ehepaaren liegt aktuell bei 2543 Euro, bei alleinstehenden Männern sind es 1614 Euro, bei Frauen, die allein leben, 1420 Euro. Beamte, Richter und Berufssoldaten sind deutlich besser abgesichert: Männliche Pensionäre, die als Richter oder Beamter tätig waren, beziehen aktuell 3070 Euro brutto monatlich, Frauen 2640 Euro.

„Nur rund drei Prozent der 65-Jährigen und Älteren sind auf Leistungen der Grundversicherung im Alter angewiesen“, heißt es im Alterssicherungsbericht. Die Armutsquote ist damit halb so hoch wie in der Gesamtbevölkerung. Erwerbsgeminderte, Rentner, die entweder nicht gearbeitet haben oder länger als fünf Jahre arbeitslos waren und/oder keinen Schulabschluss haben, sind überproportional häufig auf staatliche Stütze angewiesen. Niedrige Rentenansprüche bedeuten

nicht unbedingt gleich Altersarmut – unter anderem wegen zusätzlicher Einnahmen, etwa aus Vermietungen, oder weil die Betroffenen über ihre Partner abgesichert sind.

Insgesamt verfügen 70,4 Prozent der für den Alterssicherungsbericht Befragten über eine zusätzliche private Altersvorsorge, 33,8 Prozent über einen Riester-Vertrag, 20,4 Prozent sowohl über einen Riester-Police als auch über eine betriebliche Vorsorge. Je höher das Einkommen, desto größer die Verbreitung der zusätzlichen Altersvorsorge, so der Bericht. Allerdings: Bei Geringverdienern ist die Vorsorge-Quote geringer. Nur gut jeder zweite Geringverdiener in Deutschland hat neben der gesetzlichen Rente eine zusätzliche private oder betriebliche Absicherung fürs Alter.

Schwarz-Rot will nun in den nächsten Wochen ein Renten-Reformpaket schnüren – ob es auch die von Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) angekündigten „Haltelinien“ für das Rentenniveau enthalten wird, ist offen.

Fest steht: Die Altersbezüge von langjährigen Geringverdienern sollen aufgestockt werden. Außerdem soll der Staat künftig Betriebsrenten-Zuschüsse für Arbeitnehmer mit geringen Einkommen zahlen. Erwogen wird zudem, Riester- und Betriebsrentenansprüche bei der Grundversicherung nicht mehr hundertprozentig anzurechnen. So sollen Anreize für zusätzliche Vorsorge von Geringverdienern geschaffen werden. Ein strittiges Thema ist die Ost-West-Rentenangleichung: Die CSU hatte ihre Zustimmung von einer Ausweitung der Mütterrente abhängig gemacht.



Im Alter kann bereits jeder einzelne Euro wichtig für den Lebensunterhalt sein. Foto: dpa

„Wir kommen nicht um eine Versicherungspflicht herum“

Karl-Josef Laumann, Chef des CDU-Arbeitnehmerflügels, über Maßnahmen gegen Altersarmut

Von Rasmus Buchsteiner, RNZ Berlin

Berlin. Der CDU-Sozialpolitiker Karl-Josef Laumann ist Vorsitzender der Christlich Demokratischen Arbeitnehmer-schaft. Der 59-Jährige war von 2005-2010 Sozialminister in Nordrhein-Westfalen, danach CDU-Fraktionschef im Landtag und ist seit 2013 beamteter Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, zuständig für Pflege und Patienten.



> Nicht einmal jeder zweite Geringverdiener sorgt vor. Auch bei Selbstständigen gibt es eine Vorsorgelücke. Droht Altersarmut in Deutschland zu einem Massenphänomen zu werden? Nein, ganz sicher nicht. Wir haben im Augenblick kein akutes Problem mit Altersarmut. Nur drei Prozent der über 65-Jährigen sind heute auf staatliche Grundversicherung angewiesen. Dazu zählen vor allem die Erwerbsminderungsrentner und frühere Selbstständige. Da-

rauf müssen wir reagieren. Wir kommen nicht umhin, eine Versicherungspflicht für Selbstständige einzuführen. Eine Rentenreform ohne eine Verbesserung der Erwerbsminderungsrente ist für mich nicht denkbar. Als Pflegevollständiger sehe ich täglich, wie schlimm es ist, wenn man nicht nur krank sondern auch arm ist. Zur gesetzlichen Rentenversicherung hat immer die Absicherung des Erwerbsminderungsrisikos gehört. Diese Aufgabe muss sie wieder richtig wahrnehmen. Darüber hinaus brauchen wir mehr Anreize in der betrieblichen Altersvorsorge, insbesondere für Menschen mit kleinem Einkommen. Das Arbeits- und das Finanzministerium sind da sehr weit in ihren Gesprächen. Ich würde mir wünschen, dass die Betriebsrenten für die Betriebe verpflichtender werden.

> Ohne zusätzliche Vorsorge gehe es nicht, sagt die Bundesregierung. Die Zahlen bei der Riester-Rente stagnieren jedoch. Mancher aus der ersten Reihe der Großen Koalition hat sie bereits für tot erklärt. Ist das der Grund? Wir brauchen für die Zukunft unbedingt

ein gesetzlich normiertes Standardprodukt, so wie früher bei den Bausparverträgen. Manche Riester-Angebote sind attraktiv und wirtschaftlich, andere nicht. Wir müssen dafür sorgen, dass nicht völlig überzogene Verwaltungskosten verlangt werden. Deshalb brauchen wir ein zertifiziertes Standardprodukt. Die Leute müssen wissen: Wenn ich das abschließe, mache ich nichts verkehrt.

- > Die Gewerkschaften fordern eine Stabilisierung und eine Wiederanhebung des Rentenniveaus. Wäre das ein Rezept gegen Altersarmut? Bis 2030 ist gesetzlich festgeschrieben, dass das Rentenniveau nicht unter 43 Prozent sinken darf. Wir werden auch für die Zeit danach Haltelinien brauchen. Für die Menschen ist es wichtig zu wissen, was von der gesetzlichen Rente erwarten können. Danach richten sie sich schließlich bei ihren Entscheidungen über zusätzliche Absicherung.
- > Eine Stabilisierung des Rentenniveaus führt zu höheren Beiträgen hinaus. Das stimmt! Rentenniveau und Beiträge

- stehen in einem engen Zusammenhang. Wir werden vernünftige Entscheidungen treffen. Wir müssen die gesetzliche Rente attraktiv halten, dürfen die Beitragszahler aber auch nicht überfordern.
- > Wird die Große Koalition sich noch vor der Wahl 2017 auf ein großes Rentenpaket einigen können? Ich schließe nichts aus. Wir werden noch etwas Vernünftiges beim Thema Betriebsrente hinbekommen. Und auch bei der Grundversicherung gibt es Änderungsbedarf: Wir brauchen da einen Freibetrag, damit die Leute wissen, dass sie auf jeden Fall etwas davon haben, wenn sie vorsorgen. Und auch die Verbesserung der Erwerbsminderungsrente duldet keinen Aufschub.
- > Die CSU verlangt im Gegenzug für die Ost-West-Renten-Angleichung eine Ausweitung der Mütterrente. Was halten Sie davon? Wir brauchen Verantwortung in der Rentenpolitik. Deshalb müssen wir uns heute um die kümmern, die in zehn, 15 Jahren in Rente gehen.

RN-Z-LEXIKON

Rente

Die Altersvorsorge beruht in der Bundesrepublik auf drei Säulen: der gesetzlichen Rente, der zusätzlichen Betriebsrente (sofern vorhanden) und der privaten Vorsorge. Die gesetzliche Rente als wichtigste Säule basiert dabei auf dem Umlageverfahren: Die jüngere Generation zahlt die Rente der älteren – der sogenannte Generationenvertrag. Einen Anspruch darauf, den eingezahlten Betrag später zurückzubekommen, gibt es deshalb nicht. Ein großes Problem stellt die Alterung der Gesellschaft dar: Auf immer mehr Rentner kommen immer weniger Beitragszahler.

Die gesetzliche Rente ist, historisch gesehen, ein junges Phänomen. Jahrhundertlang war die Versorgung der Älteren Aufgabe der Familien, was eine völlige Abhängigkeit schuf. Ab dem 17. Jahrhundert gab es erste Pensionen für Beamte und Soldaten, ab dem 18. auch Betriebsrenten. 1891 schuf Otto von Bismarck die gesetzliche Rentenversicherung, die noch teilweise kapitalgedeckt war. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde dann das Umlageverfahren eingeführt. ab

PRESSEPIEGEL

Calais ist überall

„Le Monde“ (Paris) schreibt zur Rückführung des Flüchtlingscamps: „Der ‚Dschungel‘ von Calais gibt einen Vorgeschmack auf die Zukunft. Er verdeutlicht, was die Europäer erwarten und was ihre kleinsten Politiker ihnen nicht zu sagen wagen. Die Einwanderung hört nicht auf. Sie fängt gerade erst an... Die ‚Dschungel‘ in Calais oder anderen Orten dürften sich vervielfachen.“

Nicht verantwortungsvoll

Die „Ludwigsburger Kreiszeitung“ kritisiert Waffenexporte an Saudi-Arabien: „Das Königreich führt immer noch einen grausamen Krieg im Jemen. Und Regimekritiker werden mit Stockschlägen traktiert. Von einer wirklich restriktiven und verantwortungsvollen Handhabung der Exportgenehmigungen ist Wirtschaftsminister Gabriel demnach weit entfernt.“

Überwachung ist nur Placebo

Die „Mitteldeutsche Zeitung“ widmet sich Innenminister de Maizière: „Das Aufstellen immer weiterer Kameras dient einem Placebo-Effekt – und ist deswegen in aller Regel abzulehnen. Straftaten vorab verhindert werden können so ohnehin nicht. Eine Erforschung wert ist die Frage, ob sich mit Gesichtserkennungssystemen an Flughäfen terroristische Gefährlicher entdecken lassen. Ein Ja zur Nutzung solcher Technik dürfte nicht zum Einfallstor einer Speicherung von Gesichtern im großen Stil werden.“

Brüsseler Ohnmacht

Die niederländische Zeitung „de Volkskrant“ zur Lage der EU: „So sehr Kritiker auch das Gegenteil behaupten mögen: Nicht die Allmacht der EU ist eines der aktuellen Hauptprobleme, sondern ihre Ohnmacht. Dabei geben Linke und Rechte noch begierig Öl ins Feuer. Es stimmt ja, dass die EU reformiert und flexibler aufgestellt werden muss. Doch eine Union, die sowieso schon dem externen und internen Druck zu erliegen scheint, braucht nicht noch Staatsmänner, die ihr oberflächlichen Schaden zufügen.“

IMPRESSUM

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG



Gegründet 1945 als erste deutsche Zeitung in Württemberg-Baden

Herausgeber: Inge Hiltzke, Joachim Knorr, Michael Gindole

Chefredakteure: Inge Hiltzke, Dr. Klaus Welzel

Chef von Dienst: Joachim Knorr, Thomas Hellmann-Politik: Dr. Klaus Welzel, Stelly, Christian Altmeier-Magazin: Alexander R. Wemich, Foullon, Volker Osterreich, Wertsch, Thomas Isiger, Sport: Joachim Knorr, Stelly, Claus Weber, Metroregion/Bergstraße: Peter Wiest, Stelly, Carsten Kluge, Redaktion Heidelberg: Dr. Micha Hölle, Stelly, Sebastian Riemer-Region Heidelberg: Thomas Frenzel, Service-/Kundenredaktion: Inge Hiltzke, Verlagsleiter: Joachim Knorr, Thomas Hellmann, Anzeigen: Andreas Müllner, Vertrieb: Michael Enges

All 69117 Heidelberg, Neugasse 2

Telefon: 0 62 21 / 519-0

Verlag: Rhein-Neckar-Zeitung GmbH

Druck: Heidelberg, Hans-Bunte-Strasse 18

Monatsabgabe: 35,90 € + Porto, Abbestellung nur zum Monatsende, 4 Wochen vorher in Textform beim Verlag. Bei Bezugsunterbrechung wird Bezugsgebiet ab dem 4. Erscheinungstag erstattet. Bei Störung durch höhere Gewalt, Streik, Ansperrung betriebl. kein Ersatzanspruch. Gültige Anzeigenpreise: Nr. 68. Für unverlangte Manuskripte keine Gewähr.

Erscheint mit folgenden Ausgaben:

Heidelberg Nachrichten, Region Heidelberg, Wieslocher Nachrichten/Waldenburger Buntschau, Elberbacher Nachrichten, Schweitzer Nachrichten, Bergstraße/Mönchheim, Weinheimer Rundschau, Sinheimer Nachrichten, Bad Rappenau, Bote/Bippinger Nachrichten, Mosbacher Nachrichten, Nordbadische Nachrichten.